

Editorial

Welchen Bewegungsspielraum haben Kommunen angesichts aktueller und strategischer Herausforderungen? Welche Möglichkeiten der Partizipation haben (zivil-)gesellschaftliche Akteur*innen im kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess? Diesen Fragen gehen Lars Holtkamp und Benjamin Garske in ihrem einführenden Beitrag zum THEMA nach. In den folgenden Beiträgen stehen exemplarisch kommunalpolitische Handlungsfelder im Mittelpunkt. Giulia Pugnaghi gibt am Beispiel der Bundesstadt Bonn einen Einblick in die 2019 vom Stadtrat beschlossene Mobilitätswende. Dana Maille stellt mit dem Schwerpunkt auf Neuss dar, welche gestalterischen Möglichkeiten das Citymanagement hat, unter anderem dem Rückgang des Einzelhandels zu begegnen und Innenstädte als soziales und kommunikatives Zentrum zu erhalten. Welche Bedeutung die „Fünfte Jahreszeit“ als Wirtschaftsfaktor für die Kommunen hat, beleuchtet Christian Rusche. Den thematischen Schwerpunkt schließt Barbara Welzel ab. Sie fragt an, wie Denkmalschutz, kulturelles Erbe und Teilhabe – auch in ihrer Widersprüchlichkeit und Kontroversität – auf die Agenda (politischen) Lernens gesetzt werden könne, um somit verfassungsgemäße Vorgaben einzulösen.

Der WERKSTATT-Beitrag von Andreas Wüste zeigt am Beispiel eines schulischen Forschungsprojektes zu einem Kriegsgräberfeld im Rheinland, wie Denkmälern eine Biografie gegeben werden kann. Weitere Beiträge zur WERKSTATT und DISKUSSION sowie zu DVPB NW aktuell und REZENSIONEN ergänzen die Artikel zum Schwerpunkt des Heftes.

Allen Autorinnen und Autoren sei für ihre Mitarbeit herzlich gedankt.

In eigener Sache: Ab dieser Ausgabe von Politisches Lernen sind Franziska Wittau und Antje Menn Mitglieder der Redaktion. Wir begrüßen beide herzlich und wünschen viel Freude bei der Arbeit.

Kuno Rinke

Inhalt

THEMA

2

Kommunalpolitik in Deutschland: Mehr Konflikt als Harmonie?! <i>Lars Holtkamp und Benjamin Garske</i>	2
Eine lebenswerte Stadt für alle – die Mobilität von Morgen in Bonn <i>Giulia Pugnaghi</i>	7
Innenstädte unter Druck. Herausforderungen und Perspektiven unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Neuss <i>Dana Maille</i>	12
Die Fünfte Jahreszeit als Wirtschaftsfaktor <i>Christian Rusche</i>	16
Denkmalschutz, kulturelles Erbe und Teilhabe: Anfrage an die (politische) Bildung <i>Barbara Welzel</i>	18

DISKUSSION

20

Sozialer Tod. Der Übergang vom Feudalismus zum bürgerlichen Zeitalter <i>Frank Benseler</i>	20
Zeitenwende(n) und moralische Weltordnung. Reflexionen zur Menschenrechtsbildung <i>Otto Böhm</i>	26
In der Schule gegen jeden Extremismus? Zur Extremismusprävention in Lehrplänen und Schulbüchern am Beispiel Nordrhein-Westfalen <i>David Ostertag und Dominik Feldmann</i>	32

WERKSTATT

36

Ein NS-Adler lässt sich nicht einfach in eine Friedenstaube umwandeln – Krieg und Frieden in einem Forschungsprojekt zu einem Kriegsgräberfeld im Rheinland <i>Andreas Wüste</i>	36
Wie politisch ist Musik? Ein Unterrichtskonzept zur gesellschaftspolitischen Dimension von Musik und Teilhabe <i>Julia Süß</i>	48
„CultuRallye“ – Diversität erleben. Eine diversitätssensible Handlungsempfehlung <i>Andreas Wüste</i>	55
175 Jahre Paulskirche und 75 Jahre Deutscher Bundestag. Das Doppeljubiläum als Chance für den historischen und politischen Unterricht <i>Norbert Johannes Ingler und Christian Brauers</i>	56
Die Analyse von Fällen als Klausuraufgabe in der Sekundarstufe II – ein Diskussionsbeitrag <i>Christoph Bulmahn</i>	58
Sollte die EU einen Klimazoll einführen? – Eine politische Rede zur Kontroverse über einen CO ₂ -Grenzausgleich aus der Perspektive des chinesischen Handelsministers gestalten <i>Carmen Rebbe</i>	64

REPLIKEN

68

Die freiheitliche demokratische Grundordnung vor ihren Freunden retten! <i>Margit Rodrian-Pfennig</i>	68
--	----

DVPB NW aktuell

70

REZENSIONEN

72

Lars Holtkamp und Benjamin Garske

Kommunalpolitik in Deutschland: Mehr Konflikt als Harmonie?!

Bürger:innen haben heute eine starke Position im kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess inne. Neben Kommunalaufsicht, Koalitionspartner:innen oder (Oppositions-)Parteien kann auch die Beteiligung von (zivil-)gesellschaftlichen Akteur:innen je nach Vetospielerdichte und Handlungsrahmen Vetopositionen oder Verhandlungszwänge auslösen. Lokale Handlungsspielräume werden mitunter eingengt. Die möglichen Ursachen sind Thema dieses Textes.

1. Problemaufriss

Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Ihre gelebte Praxis ist im Zusammenspiel aus repräsentativer, direkter oder kooperativer Demokratie vor Ort sehr unterschiedlich. Allgemein gilt: In der repräsentativen Demokratie gehen politische Entscheidungen nicht wie in der direkten (sachunmittelbaren) Demokratie durch beispielsweise Referenden vom Volke aus, sondern von gewählten Repräsentant:innen per Mehrheitsentscheid. Kooperative Demokratie meint hingegen den systematischen Einbezug von Bürger:innen in die städtische Leistungserbringung. Beispiele sind dialogorientierte Bürger:innen-/Planungsforen, Zukunftswerkstätten, Mediationsverfahren bei (Standort-)Konflikten oder Runde Tische im Zuge der Lokalen Agenda, der Kriminalprävention oder des Städtebauprogramms Soziale Stadt. Das geht aber nicht immer ohne Reibungsverluste.

Mit Einführung der Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters / der (Ober-)Bürgermeisterin und der Hinwendung zu direktdemokratischen Politikentscheidungen wird bundesweit überwiegend dem Modell der baden-württembergischen Kommunalverfassung („süddeutsche Ratsverfassung“) gefolgt. Über bestimmte kommunale Angelegenheiten kann so anstelle der Kommunalvertretung unmittelbar entschieden werden.

Entscheidungsprozesse und Verhaltensweisen können aber sehr unterschiedlich sein. Idealtypisch kann zwischen Konkordanzdemokratie (auch „Verhand-

lungs- bzw. Konsensdemokratie“; vgl. Lehmbruch 1998; Czada 2000) und Konkurrenzdemokratie (auch „Wettbewerbsdemokratie“) unterschieden werden. Die Unterscheidung ist für das Verständnis des vorliegenden Textes besonders aufschlussreich. Beide Extremtypen der repräsentativen Demokratie adressieren die lokalen Konfliktregelungsmuster. Herrscht in der Konkurrenzdemokratie Wettbewerb, hebt die Konkordanzdemokratie (beispielsweise nach baden-württembergischer Prägung) das Mehrheitsprinzip nicht aus, sie begrenzt es aber mehr oder weniger. Der Interessenausgleich wird betont, indem Entscheidungen (idealtypisch) nicht per Mehrheitsentscheid, sondern in von Kooperation und Kompromissbereitschaft getragenen Aushandlungsprozessen getroffen werden. Der Parteienwettbewerb rückt in den Hintergrund.

Die Beteiligung (zivil-)gesellschaftlicher Akteur:innen an politischen Entscheidungsprozessen kann dabei je nach Vetospielerdichte und Handlungsrahmen von Verhandlungszwängen gekennzeichnet sein – besonders in der Konkurrenzdemokratie (nordrhein-westfälischer Prägung; vgl. Kapitel 3). Unterscheidungsmerkmale sind die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse, programmatisch-ideologische Einstellungsmuster der Akteur:innen oder die Einwohner:innenanzahl der Kommune. In einwohner:innenstarken Städten sind lokale Entscheidungsstrukturen vergleichsweise komplex (Bogumil / Holtkamp 2023). Die Funktion der Parteien als Repräsentant:innen der aggregierten Posi-

Giulia Pugnaghi

Eine lebenswerte Stadt für alle – die Mobilität von Morgen in Bonn

Mobilitätswende ermöglicht klimaverträgliche und platzsparende Mobilität für alle Menschen. Sie verbessert die Lebensqualität in der Stadt durch bessere Luft, weniger Lärm und mehr Platz für Grünflächen. Die Mobilitätswende ist ein großer Transformationsprozess. Für die Umsetzung braucht es eine positive Zukunftsvision und strategische Leitlinien, die gut kommuniziert werden. Es braucht mutige Entscheidungen und Durchhaltevermögen von Politik und Verwaltung.

Die Mobilitätswende in Bonn hat zum Ziel, dass Bonn eine lebenswerte Stadt für alle sein soll: mit sicheren Verkehrswegen sowie einem guten Angebot an umweltfreundlichen Verkehrsmitteln – die für alle verfügbar und zugänglich sind, insbesondere auch für Kinder und ältere Menschen. Das gelingt durch eine Mobilität, die nachhaltig und klimaverträglich gestaltet ist. Durch eine gerechte Neuaufteilung der öffentlichen Räume gibt es zukünftig wieder mehr Platz in der Stadt für Begrünung und zum Verweilen und Begegnen. Die Luft in der Stadt ist sauber und es gibt weniger Lärm durch Verkehr. Die Vorteile der Mobilitätswende sind im Alltagsleben der Menschen unmittelbar positiv spürbar.

1. Was bedeutet eine Wende in der Mobilität?

Mobilitätswende bedeutet, die bisher stark am Auto orientierte Mobilität auf umweltverträgliche Alternativen zu verlagern. Das sind vor allem zu Fuß gehen, Fahrradfahren und der öffentliche Verkehr. Um den Menschen den Umstieg zu erleichtern, stärkt und fördert die Stadt diese Verkehrsarten besonders.

Der Bonner Stadtrat hat 2019 mit großer Mehrheit beschlossen, dass bis zum Jahr 2030 mindestens 75 Prozent der Wege mit umweltverträglichen und platzsparenden Mobilitätsformen zurückgelegt werden sollen. Bis dahin waren es knapp 60 Prozent der Wege. Ende 2024 werden im Rahmen der wiederkehrenden Erhebung *Mobilität in Deutschland* neue Ergebnisse erwartet.

2. Warum braucht es eine Mobilitätswende?

Klimaschutz geht nur mit einer echten Mobilitätswende

Bonn hat das Ziel bis 2035 klimaneutral zu sein. Der im Jahr 2023 beschlossene Bonner Klimaplan ist die Gesamtstrategie der Stadt Bonn zur Erreichung der Klimaneutralität. Der Verkehr macht mit mehr als einer halben Million Kilogramm CO₂ im Jahr über ein Viertel der gesamten städtischen Emissionen aus. Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, braucht es schnelle und umfangreiche Änderungen in unserem Verkehrssystem, eine echte Mobilitätswende.

Die Stadt Bonn ist eine wachsende Stadt mit begrenztem Raum, daher braucht es effiziente Verkehrsmittel

Die Stadt Bonn ist eine der am schnellsten wachsenden Städte in Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet, dass zukünftig deutlich mehr Menschen in Bonn leben werden als heute. Die letzten Jahrzehnte wurde der Autoverkehr in deutschen Städten stark priorisiert gegenüber allen anderen Verkehrsträgern. Dadurch wurden die anderen Verkehrsteilnehmer eingeeengt. Das Ergebnis sehen wir auf vielen Straßen und Gehwegen. Um den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen Rechnung zu tragen, muss der begrenzte Raum in der Stadt also besser genutzt werden als heute.

Während das Auto viel Platz verbraucht – sowohl beim Fahren als auch beim Parken – nehmen die Verkehrsmittel des Umweltverbunds wie Busse, Bahnen oder das Fahrrad deutlich weniger Raum ein. Diese Verkehrsmittel sind effizienter im Transport von Menschen, können also auf derselben Fläche mehr Menschen von A nach B bringen (vgl. Abb. 1 und 2).

Die Mobilitätswende schafft mehr Platz in der Stadt für andere wichtige Nutzungen

Autos stehen im Schnitt 23 Stunden am Tag ungenutzt herum und verbrauchen dabei viel Platz im öffentlichen Straßenraum und verstärken im Sommer den Hitzestau in der Stadt.

Die Mobilitätswende hilft dabei Platz für andere Nutzungen zu schaffen, zum Beispiel für die Förderung der Klimaresilienz unserer Stadt – also die Anpassung der Stadt auf die mit dem Klimawandel einhergehenden Effekte. Ein wichtiges Instrument gegen die zunehmende Häufigkeit von Extremhitze und Starkregen ist das Schwammstadt-Konzept. Damit ist gemeint, dass Regen dort gespeichert, versickern oder verdunsten soll, wo er fällt. Bei Trockenheit und Hitze wird das Wasser dann wieder abgegeben und die Stadt bleibt kühler.

Maßnahmen für eine Schwammstadt sind u.a. Entsiegelung, Begrünung und mehr Bäume. Die Stadt Bonn hat beispielsweise ein Stadtbaumkonzept entwickelt, um u.a. auch die bisher rund 500 Bonner Straßen ohne Bäume schrittweise mit Straßenbäumen auszustat-

Vorbemerkung

Der folgende Text von Frank Benseler wurde zum ersten Mal abgedruckt in den paderborner studien 1981, Heft 3/4, S. 151–156. Es handelt sich um die gekürzte 6. Vorlesung eines Zyklus über den „Sozialen Tod“, den Frank Benseler im Sommer-Semester 1979 an der Universität / Gesamthochschule Paderborn vorgetragen hat.

Die nun vorliegende Version wurde neu redigiert. Der Text der Erstveröffentlichung wurde nicht verändert, um den Vorlesungscharakter zu erhalten. Die zur damaligen Zeit gültige Rechtschreibung wurde beibehalten. Tipp- und Rechtschreibfehler wurden stillschweigend korrigiert.

Alle Fußnoten sind nachträglich durch die Redigierung hinzugefügt worden wie z. B. ergänzende Erläuterungen und Quellenangaben zu den von Benseler angeführten Autoren und Zitaten. Benseler hat die von ihm verwendeten Zitate dem Buch von Bernhard Groethuysen (1978 / 1927) entnommen. Diese Zitate wurden im Buch von Groethuysen überprüft und die zitierten Quellen in Fußnoten benannt. Bei Bedarf wird in Fußnoten auf Benselers Anpassungen seiner Zitate für seine Vorlesung hingewiesen.

Frank Benseler ist am 22. Dezember 2021 im Alter von 92 Jahren in Borchon bei Paderborn gestorben. Die Würdigung von John Matina „Zum Tod von Frank Benseler – eine Erinnerung“ ist in Politisches Lernen Heft 1-2.2023, S. 22–27 erschienen.

Kuno Rinke

Frank Benseler

Sozialer Tod Der Übergang vom Feudalismus zum bürgerlichen Zeitalter

Heute will ich Ihnen konkret historisch etwas über den sozialen Tod beim Übergang vom Feudalismus zum bürgerlichen Zeitalter vortragen.

Ich halte mich dabei an das große und schöne, auch über unser Thema hinaus unbedingt wichtige Buch von Bernhard Groethuysen: „Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich“ von 1927. Darin findet sich das Kapitel über die „Idee des Todes“.¹

Ich nehme also diesmal nicht Beispiele aus der Höhe einer geschichtlichen Formation, Antike, Mittelalter, Neuzeit; sondern von der Grenze, wo Feudalismus und Bürgertum zusammenstoßen, um zu zeigen, was sozialer Tod gewesen ist. Sie wissen, daß die kirchliche Lehre die Tatsache als Machtinstrument be-

nutzt hat, daß alle Menschen sterben müssen und die daran anschließende Entscheidungsfrage, ob sie in die Hölle oder in den Himmel kommen. Die Zeit, von der ich spreche, zentriert um den revolutionären Durchbruch des Bürgertums, ist noch gläubig, aber im Prozeß der Glaubensminderung. Zu Beginn der Regierungszeit Ludwigs des XIV., so kann man sagen, glaubten alle Leute strikt an die Hölle, ja sie konnten nicht daran denken, ohne zu zittern und in Angstschweiß zu geraten. Aber in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts war das schon anders. Man sagte, daß man früher gläubig gewesen sei, aber nun doch mehr den Naturwissenschaften folge, sich nicht in allen und jedem von kirchlichen Lehren bestimmen lasse. Es blieb aber noch Tod und

¹ Bernhard Groethuysen (1978 / 1927): Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich. Band 1: Das Bürgertum und die katholische Weltanschauung. Band 2: Die Soziallehren der katholischen Kirche und das Bürgertum. Frankfurt am Main: Suhrkamp (TB Wissenschaft, Bd. 256). Nachdruck der Ausgabe Halle / Saale: Niemeyer 1927. – Das Kapitel „Die Idee des Todes“ befindet sich in Band 1 auf den Seiten 93–142 im Teil „Tod, Gott und Sünde“ (S. 79–237).

Otto Böhm

Zeitenwende(n) und moralische Weltordnung

Reflexionen zur Menschenrechtsbildung

In der „Zeitenwende“ werden die menschen- und völkerstrafrechtlichen Normen und Ordnungsvorstellungen erschüttert, die die internationalen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges geprägt haben. Die normsetzenden und verteidigungswerten Institutionen werden jetzt noch häufiger, auch in der politischen Bildung mit Schulklassen, Bundeswehr- oder Polizeigruppen als „zahnlose Tiger“ bezeichnet werden. Was sollte an dieser dissonanten Wahrnehmung überprüft und modifiziert werden? Hier einige Überlegungen zur Frage nach (Welt)Ordnung und Normgeltung in der politischen Bildung.

Ende der liberalen Illusionen?

Für das politische und zeitgeschichtliche Wissen nach der Wende¹ von 1989/1990 sind mit dem Kompetenzmodell „Konzepte der Politik“ aus dem Jahr 2010 (Weißeno et al. 2010) Grundlagen formuliert worden. „Ordnung“ wird darin zu den drei Basiskonzepten gerechnet (neben Gemeinwohl und Entscheidung). Ordnungen sind immer mit Legitimitätsfragen, also mit Normen² verbunden (vgl. ebd., S. 59, 76). Auch die Fachkonzepte Menschenwürde, Gerechtigkeit und Gleichheit (ebd., S. 165) können in moralische, politische und rechtliche Normen übersetzt werden (z. B. Menschenwürde in Menschenrechte); mit ihnen lassen sich Handlungs- und Legitimationskonzepte vieler Akteure beschreiben (vgl. Krell / Schlotter 2018; Zürn / Deitelhoff 2016; Zürn 2007). Gleichzeitig wird vor zu hohen Erwartungen oder einem Defätismus der Lernenden unter dem Stichwort „Fehlkonzepte“³ gewarnt. Ein aktueller Einstieg in die Frage nach Ordnungen und Normen in der Zeitenwende findet sich im Politikum-Heft zur „Zeitenwende in der deutschen Außenpolitik“ (Varwick 2022). Günther Hellmann datiert die Zeitenwende schon auf den Zeitraum von 2014–2017 (Hellmann 2022, S. 23) Spätestens mit der russischen Annexion der Krim und dem Krieg in Syrien ging die von der Dynamik internationaler Kooperationen und dem Entstehen von Ordnungs- und Normgefügen (sogenannten Regimen, z. B. auch dem Menschenrechtsregime) geprägte Epoche

zu Ende. Aber das ist nur eine, die uns sympathisch gewordene Lesart der Zeitgeschichte seit 1989. Denn: „Das Ende des Kalten Krieges markierte nicht das Ende kriegerischer Geschichte, sondern leitet ihre Rückkehr ein.“ (Hacke 2022, S. 8) Die zwei Seiten der Konstellation der Jahre von 1989 bis 2014 – Aufbruch in eine Zukunft des Friedens und der Menschenrechte und zugleich Rückkehr der Geschichte mit zerfallenden Staaten und ethnisch motivierten Kriegen⁴ – wurden im Fach Internationale Politik / Internationale Beziehungen (IB) breit diskutiert: die genannten weltpolitischen Entwicklungen sind kein Gegensatz; vielmehr gehören sie zusammen.⁵ Sie sind sogar in der Grundspannung der Staatenwelt mit ihrem Prinzip der einzelstaatlichen Souveränität einerseits und dem zunehmenden Verlust dieser Souveränität durch internationales Recht, z. B. auch durch den Anspruch der Menschenrechte und der transnationalen Institutionen andererseits angelegt. Zudem sind die 25 Jahre geprägt vom US-amerikanischen Hegemoniestreben, das z. B. von Ulrich Preuß unter der Überschrift „Demokratischer Hegemon und Paria-Staaten“ skizziert wurde (Preuss 2006). In den 1990er Jahren förderten gerade internationale Konflikte wie die Zerfallskriege in Jugoslawien oder die vernichtenden Angriffe auf Minderheiten in Zentralafrika die Normbildung und Stärkung des Menschenrechtsschutzes gegenüber nationalstaatlicher Souveränität. In der IB als Wissenschaft und damit häufig auch in der politischen Bildung wurden zur Interpretation der Dynamik die entsprechenden Denkschulen angeboten:

1 Politische Bildung knüpft an die Vorverständnisse (Präkonzepte) an, die Gruppen und Einzelne mitbringen und verwendet damit auch notgedrungen Schlagworte wie „Wende“ und „Zeitenwende“. Die folgenden Reflexionen sind von den Erfahrungen des Autors in der Bildungsarbeit im Memorium Nürnberger Prozesse her zu verstehen.

2 Unter „Normen“ sollen hier überindividuelle, von Menschengruppen geteilte oder im Sinne von Rechtsordnungen zu teilende Werte und Ideen für das politische und gesellschaftliche Zusammenleben verstanden werden.

3 Fehlkonzepte wären „die Idealisierung der Vereinten Nationen als Garant für die internationale Ordnung und die Beschreibung der internationalen Ordnung als Chaos“ sowie die Annahme, „dass die Staaten machen können, was sie wollen“ (Weißeno et al. 2010, S. 77 f.)

4 Michael Ignatieff schrieb in seinen „Reisen in den neuen Nationalismus“ über die Wirklichkeit der neuen Weltordnung: „Die Haupthandlung der neuen Weltordnung ist der Zerfall der Nationalstaaten in ethnische Bürgerkriege, die Hauptarchitekten dieser Ordnung sind Kriegsherren und die Hauptsprache unseres Zeitalters ist ethnischer Nationalismus.“ (Ignatieff 1996, S. 9).

5 Dazu die griffigen Titel von Ulrich Menzel: „Globalisierung versus Fragmentierung“ (1998) und „Paradoxien der neuen Weltordnung“ (2004) oder die Zeitschrift IP der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) mit dem Schwerpunkt „Zerfällt die Weltordnung?“ (2007)

Andreas Wüste

Ein NS-Adler lässt sich nicht einfach in eine Friedenstaube umwandeln – Krieg und Frieden in einem Forschungsprojekt zu einem Kriegsgräberfeld im Rheinland

Krieg und Frieden als abstrakte Motive konkretisieren sich in Städten und Gemeinden oftmals besonders dort, wo sie in Denkmälern aufgegriffen und thematisiert werden. Kriegerdenkmale aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg spielen dabei eine große Rolle. Aber auch Kriegsgräberstätten sind in vielen Kommunen ein zentraler Ort dieser Sichtbarkeit.

Im vorliegenden Beitrag wird das Forschungsprojekt „Den Denkmälern eine Biografie geben – Erforschung von unbekanntem Kriegsgräbern auf dem Friedhof Kriegsdorf“, das von einer Forschungsgruppe von 15 Schüler:innen durchgeführt wurde, vorgestellt und fachwissenschaftlich wie fachmethodisch verortet.

1. Hinführung

Aus NS-Adlern lassen sich nicht einfach Friedenstauben herstellen. Das musste nicht nur Uruguays Präsident Luis Lacalle Pou im Jahr 2023 erkennen, der einen 2,80 Meter hohen und 350 Kilogramm schweren Bronzeadler mit Hakenkreuz und Eichenlaubkranz des Nazi-Panzerkreuzers „Admiral Graf Spee“¹ einschmelzen lassen wollte. Die Idee war es, aus einem „Symbol für Gewalt und Krieg“ ein „Symbol für Frieden und Einheit“ werden zu lassen. Nach Protesten in der Öffentlichkeit und der eigenen Partei entschied sich Lacalle Pou um: „Es gibt eine starke Mehrheit, die mit dem Projekt nicht einverstanden ist“, führte Lacalle Pou mit Blick auf seine Umwandlungspläne aus. „Und wenn man Frieden haben will, dann ist es eines der wichtigsten Dinge, Einigkeit zu haben.“ (Keßler 2023)

Das Beispiel zeigt, dass auch heute nicht einheitlich über Denkmäler und Symbole aus dem Zweiten Weltkrieg beschieden wird. Wie also umgehen mit Objekten wie diesem Bronzeadler? In den aller-

meisten Fällen haben die Kontroversen oft keine weltpolitischen Dimensionen wie im Beispiel Uruguays. Oft sind es nationale, vielmals aber auch sehr lokale Auseinandersetzungen mit den Objekten. Diese sind für die politisch-historische Bildung wahre Fundgruben des Lernens:

„Schließlich sind Zeitgeschichte, Geschichtspolitik, Erinnerungskultur und Geschichtsdeutungen selbst Teil der politischen Gegenwart und damit genuiner Gegenstand politischer Bildung. Die Präsenz historischer Sinnerfahrungen und Deutungen, sei es in Denkmälern, Straßennamen, in politischen Diskursen oder Gedenktagen, prägt die Lebenswelt der Lernenden und ist Ausdruck aktueller politischer Auseinandersetzungen und Selbstverständnisse.“ (Busch 2022, S. 315)

Die Bedeutsamkeit von Krieg und Frieden erlebt in Städten und Kommunen neuerdings eine Renaissance. Wie lassen sich z. B. Geflüchtete aus der Ukraine sinnvoll unterbringen? Wie soll mit geflüchteten

1 Der Panzerkreuzer „Admiral Graf Spee“ war im Dezember 1939 an der ersten Seeschlacht im Zweiten Weltkrieg zwischen der Flotte des NS-Regimes und der britischen Marine beteiligt. Die „Admiral Graf Spee“ war u. a. im Indischen Ozean und im Südatlantik unterwegs und hatte dort britische Handelsschiffe versenkt. Nach heftigen Gefechten mit drei britischen Kriegsschiffen wollte das Schiff schwer beschädigt in den Hafen von Uruguays Hauptstadt Montevideo für Reparaturarbeiten einlaufen. Wegen einer Blockade durch die britische Marine musste der Kommandeur das Vorhaben jedoch aufgeben und ließ den Panzerkreuzer im Río de la Plata vor Montevideo von der eigenen Besatzung versenken. Der Bronzeadler wurde 2006 vom Wrack des Schiffes geborgen.

Kindern aus Kriegsregionen umgegangen werden, die in schulische Prozesse integriert werden sollen? Wie und wann sollen Friedensdemonstrationen genehmigt werden?

Auch wenn die Friedens- und Sicherheitspolitik seit dem 24. Februar 2022 vor allem auf nationaler und europäischer Ebene vom russischen Angriffskrieg in der Ukraine dominiert wird, so haben die meisten Entscheidungen oder Nichtentscheidungen unmittelbare Konsequenzen auf kommunale Prozesse. Nicht nur die Einschätzung zur „Zeitenwende“ in der Geschichte Europas, wie es Bundeskanzler Scholz in seiner Regierungserklärung in der Sondersitzung zum Krieg gegen die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 in Berlin formuliert hat (vgl. Scholz 2022), hat eine lebhaft diskutierte Diskussion darüber wiederbelebt, was unter Frieden und Sicherheit verstanden werden sollte und welche Implikationen daraus lokal und global folgen müssten. Es gilt daher, unter den aktuellen Vorzeichen wieder neu „Prävention und Resilienz, militärische und zivile Instrumente, kurzfristige Konfliktlösungen und langfristige Konzepte miteinander in Einklang zu bringen und strategisch miteinander zu verknüpfen“. (Lahl / Varwick 2022, S. 8)

Der Politologe Christian Hacke zeichnet ein düsteres Zukunftsbild und lässt kein gutes Haar an den aktuellen außenpolitischen Aktivitäten:

„Deutschland hat Zug um Zug in Europa und der Welt an Einfluss verloren. Es wird sich angesichts der Renaissance von nationalistischem Denken nur behaupten können, wenn es Begriff und Inhalt von Nation und Interesse auch für sich selbst als legitim auffasst.“ (Hacke 2022, S. 10)

Hacke kritisiert vor allem die sich für ihn manifestierte Orientierungslosigkeit der aktuellen Regierung:

„Die bundesrepublikanische Außenpolitik irrlichtert ohne Kompass. Die militärischen Fähigkeiten sind unzureichend, die Kunst der Diplomatie scheint verlernt und die Wirtschaft als letztes Instrument wird zur Achillesverse des Exportweltmeisters.“ (ebd., S. 12)

Diese Orientierungslosigkeit ist nicht nur ein nationales Problem, sondern findet sich auch auf europäischer Ebene wieder. Hacke plädiert in Anbetracht der aktuellen Situation insgesamt für eine militärische Abschreckung, folgert aber andererseits, dass eine Kooperation mit den Systemgegnern angesichts von Klimawandel, Hunger und Umweltkatastrophen auch notwendig sei.

Vertreter:innen aus der Friedensforschung ziehen andere Schlussfolgerungen aus der Zeitenwende-Rede. So etwa führt die Historikerin sowie Friedens- und Konfliktforscherin Corinna Hauswedell aus:

„Eine neue Realpolitik, wie sie in Berlin jetzt erkennbar wird, wäre [...] gut beraten, nicht mit zweierlei Maß zu messen, wenn es um die friedliche Lösung der Zukunftsaufgaben geht, vor denen wir alle stehen. Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, die der Putin-Krieg erneut nahezu legen scheint, haben wir zuletzt in den 1980er Jahren, der Schlussphase des Kalten Krieges, und wieder nach den

Anschlägen vom 11. September 2001 mit dem ‚War on Terror‘ erlebt: mit den bekannten Folgen internationaler Verfeindung, die den Gedanken zu vernebeln droht, dass Sicherheit auf unserem Planeten nur gemeinsam und nicht gegeneinander zu haben sein wird.“ (Hauswedell 2022)

Hauswedell sieht die Gefahr, dass umfangreiche Verfeindung im Zeitalter neuer Geopolitik, in der China und Russland im Fokus stehen, eine fatale Entwicklung wäre. Die militaristische Sprache Hackes wird von ihr zurückgewiesen und eine konstruktive Konfliktbewältigung in den Fokus genommen. Sowohl China als auch Russland würden als konstruktive Akteure auf der Weltbühne gebraucht, da zentrale Zukunftsprobleme nicht ohne diese gelöst werden könnten. Eine Zeitenwende mit einer neuen Aufrüstungs- und Militarisierungswelle lehnt Hauswedell ab. Finanzielle Ressourcen sollten lieber bevorzugt für den Umbau einer nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingesetzt werden.

Frieden und Sicherheit sind und bleiben also eine komplexe Daueraufgabe, die nicht allein in New York bei den Vereinten Nationen, nicht allein in Brüssel bei der NATO und nicht allein in Berliner Regierungskreisen beginnen kann. Frieden und Sicherheit machen erste Schritte auch immer im Lokalen vor Ort. Und zwar dann, wenn Menschen sich der grundsätzlichen Frage stellen, wie alle friedlich miteinander leben können.

Der Friedensbegriff ist grundsätzlich ein sehr komplexer (vgl. Tab. 1). Es ist erkennbar, dass nicht nur globale oder zwischenstaatliche Ebenen angesprochen werden. Gerade die letzten drei Aspekte „innerstaatlich“, „zwischenmenschlich“ und „innerer Frieden mit sich selbst“ weisen auf, dass Fragen der Friedens- und Sicherheitsstrategien zunächst einmal sehr konkret an jedem einzelnen Ort ausgehandelt werden können. Neben der Komplexität des Friedensbegriffs sieht Sander auch noch eine weitere Herausforderung:

„Nicht einfacher wird die Lage für die Auseinandersetzung mit Problemen des Friedens in Bildungskontexten dadurch, dass angesichts dieser neuen Konflikte der moralische Status des Krieges seine Eindeutigkeit, die er in Deutschland in der Zeit der Blockkonfrontation hatte, verloren hat. Es kann bei diesen neuen Kriegen durchaus sehr gute moralische Gründe dafür geben, von außen mit militärischer Gewalt zu intervenieren, um noch größere humanitäre Katastrophen zu verhindern [...]“ (Sander 2022, S. 396)

2. Krieg und Frieden als Forschungsprojekt vor Ort am Beispiel von Kriegsgräberstätten

Die Sichtbarkeit von Krieg und Frieden ist in Städten und Gemeinden oftmals besonders dort erkennbar, wo diese in Denkmälern aufgegriffen und thematisiert werden. Kriegerdenkmäler aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg spielen dabei eine große Rolle. Aber auch Kriegsgräberstätten sind in vielen Kommunen ein zentraler Ort dieser Sichtbarkeit.

Denkmäler, die Krieg und Frieden aufgreifen, haben im letzten Jahrhundert einen rasanten Bedeutungswandel erlebt:

Julia Süß

Wie politisch ist Musik?

Ein Unterrichtskonzept zur gesellschaftspolitischen Dimension von Musik und Teilhabe

Der vorliegende Beitrag stellt ein Unterrichtskonzept vor, in dem sich Schüler*innen in der sozialpädagogischen Ausbildung mit Zusammenhängen zwischen Musik und gesellschaftlicher Teilhabe anhand des Beispiels von Ray Charles auseinandersetzen. Sie sollen anhand einer Fallanalyse vom Einzelfall auf Allgemeines schließen und Potenziale für die sozialpädagogische Berufspraxis daraus ableiten können. Durch die Konfrontation mit einem Dilemma sollen Kompetenzen aus dem Bereich der Politischen Bildung gefördert werden. Den Abschluss bietet das musikpraktische Beispiel eines Arrangements für gemeinschaftliches Musizieren zu einem Song von Ray Charles.

1. Einleitung

Nach der mitunter kontrovers diskutierten Einführung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung in Österreich 1978 wurde Politische Bildung mittlerweile in vielen Schultypen in das Fach Geschichte integriert (vgl. Diendorfer 2022, S. 5 ff.). Für die konkrete Schulform eines berufsbildenden Kollegs für Sozialpädagogik wird Politische Bildung ausschließlich als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip von anderen Disziplinen abgedeckt (vgl. Lehrplan Kolleg für Sozialpädagogik, S. 11). Aus diesem Grund wird in diesem Artikel der Frage nachgegangen, inwiefern sich Politische Bildung und Musikerziehung miteinander verbinden lassen. Für die Konzeption eines fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips werden daher nachfolgend die Fachdidaktiken der beiden Teildisziplinen Politische Bildung und Musikerziehung auf Gemeinsamkeiten hin beleuchtet und Themen, Methoden und Kompetenzen miteinander in Verbindung gebracht (vgl. Berührungspunkte von Themen und Methoden im fächerübergreifenden Unterricht Deichmann / Tischner 2014, S. 9).

In diesem Beitrag soll es aber nicht um politische Botschaften gehen, die in Musik vermittelt werden – höchstens in der Darstellung einer Kreativaufgabe zum Inhalt –, sondern um die potentielle gesellschaftspolitische Dimension des gemeinschaftlichen Musizierens an sich.

In einem ersten Schritt wird die Bedeutung von Teilhabe in der Politischen Bildung einerseits und in der Musikpädagogik andererseits verdeutlicht und dabei im Besonderen auf die Elementare Musik- und Bewegungspädagogik sowie auf Community Music eingegangen. In einem nächsten Schritt wird auf fachspezifische Kompetenzen und didaktische Prinzipien eingegangen, wobei auch ein Blick über die Grenzen Österreichs nach Deutschland geworfen wird. Schließlich münden die Überlegungen in einer Unterrichtskonzeption für das Fach Musikerziehung unter Berücksichtigung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung.

2. Gleiches Recht auf Teilhabe

Das gleiche Recht auf Teilhabe für alle wird in der Politischen Bildung als Grundlage für die Notwendigkeit von „Demokratie-Lernen“ gesehen, da es alle Bürger*innen voneinander abhängig mache. In gesellschaftlichen und privaten Lebensbereichen kann Demokratie gleichsam Mitwirkung und Mitbestimmung bedeuten. Als Ziel Politischer Bildung galten lange sogenannte „mündige Bürger*innen“, die sich in jeweils unterschiedlichem Ausmaß über Politik informieren, ihr Urteil fällen und sich in Prozesse einbringen, während Desinteresse als große Herausforderung gesehen wird (vgl. Reinhardt 2012, S. 16 f.).

Wirft man einen Blick in die Musikpädagogik, so sticht auch dort das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe einerseits besonders in der Elementaren Musik- und Bewegungspädagogik (EMBP) und andererseits in der Community Music hervor. Musikalische Aktivitäten der EMBP finden in Gruppen statt und fordern und fördern soziales Verhalten. Durch das gemeinschaftliche, sich gegenseitig unterstützende Lernen werden die unterschiedlichen Fähigkeiten der Gruppenmitglieder als Ressource erlebt. Improvisation wird als Methode musikalischen Ausdrucks angewandt, in der alle ihre zu dem Zeitpunkt gegebenen Fähigkeiten einbringen können (vgl. Salmon 2020, S. 109 ff.). Als wesentliche Grundannahme der EMBP nennt Andrea Sangiorgio, dass jeder Mensch die Möglichkeit habe, Musik und Tanz persönlich bedeutsam zu erfahren, und bezeichnet diese als partizipatorisch und demokratisch. Zu den von ihm genannten verhaltensbezogenen Zielen gehören unter anderem die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls während des Musizierens (oder Tanzens) sowie die Unterstützung positiver sozialer Interaktion. Als besonderes Merkmal kehrt auch er den partizipatorischen Ansatz hervor, die aktive Einbeziehung aller Gruppenmitglieder in die Unterrichtsprozesse sei das Ziel (vgl. Sangiorgio 2018, S. 13 ff.).

Andreas Wüste

„CultuRallye“ – Diversität erleben

Eine diversitätssensible Handlungsempfehlung

Das Trainingstool „CultuRallye“ von METALOG bietet im schulischen wie außerschulischen Bereich eine erfahrungsorientierte Lernmethode für einen Einstieg in ein Diversität-Unterrichtsvorhaben. In welcher Schwerpunktsetzung das Vorhaben angelegt ist (z.B. Sprache/Mehrsprachigkeit, Rassismus, Klassismus, Unternehmenskulturen, Gender, Migrant:innen u.v.m.), spielt eine nebensächliche Rolle, weil die interaktive Übung zunächst einmal auf einer sehr basalen Ebene des Erlebens von Gemeinsamkeiten und Unterschieden ansetzt. Es geht bei diesem Erleben etwa um Erfahrungen in Mehrheiten-/Minderheitensituationen, Dominanz, Anpassung, Toleranz, Umgang mit Regelverstoß und Sanktionierung, Konfliktverhalten, Ausgrenzung oder Einbeziehung. „CultuRallye“ knüpft dabei an die individuelle Realität der Lernenden an und fordert diese heraus, zu einem vorgegebene Ausgangssetting Lösungsstrategien zu entwickeln.

Worum geht es?

Regeln bestimmen und erleichtern das (Zusammen-)Leben – meistens jedenfalls. Das werden die Teilnehmenden mit „CultuRallye“ erleben. Regeln sind nicht immer sichtbar und manchmal müssen wir uns erwartbar, manchmal aber auch ganz unerwartet neuen Rahmenbedingungen stellen. Hauptthema des Tools ist es, mit expliziten und impliziten Regeln sowie Regelvariationen in den oben genannten unterschiedlichen Kontexten wie z.B. Unternehmenskulturen handlungsaktiv umzugehen und sich etwa in einer neuen Situation unter „erschweren“ Bedingungen zu orientieren.

„CultuRallye“ eignet sich nicht nur im Bereich eines Diversitätsvorhabens, sondern auch im Bereich von Teamentwicklung (z.B. Entwickeln von gemeinsamen Regeln, Bilden neuer Teams oder zu Beginn eines Schuljahres, um gemeinsame Regeln festzulegen).

Wie läuft das Szenario ab?

Das Lernszenario ist simpel und daher sehr gut für unterschiedliche Lernniveaus zugänglich. An jedem Tisch beginnen die Akteur:innen mit speziell entwickelten Würfeln zu spielen. Jeder Tisch lernt Regeln für das Spiel, die auf den ersten Blick gleich aussehen. Nach kurzer Zeit des Einlesens in die Regeln darf nicht mehr gesprochen werden und es beginnt die Spielphase. Nach einiger Zeit wechseln einige Akteur:innen die Gruppe und spielen an einem neuen Tisch weiter. Die Wechsler:innen wissen jedoch nicht,

dass die Regeln an jedem Tisch verschieden sind. Ohne zu sprechen, müssen sie jetzt mit der neuen Situation umgehen und entweder neue Regeln lernen oder die eigenen „importieren“. Es wird erlebbar, wie wir uns als Fremde in neuen Umgebungen wie z. B. neuen Abteilungen, neuen Klassen etc. fühlen und was wir brauchen, um uns in einer diversen Welt orientieren zu können.

Anzahl der Akteur:innen	9–35
Zeit (ohne Auswertung)	20–25 Minuten
Gruppengröße	3–5 Lernende pro Tisch
Lieferumfang für max. 35 Akteur:innen	14 Würfel, 700 Geldchips, 35 Kunststoffbecher, Spielanleitungen für 7 Tische, 1 detaillierte Anleitung

Mögliche Hürden und auftretende Probleme

Die Etikettierung des Tools mit einem unspezifischen Kulturbegriff ist eher als schwierig zu betrachten, da die Verwendung des Begriffs per se problematisch und gar nicht notwendig für ein Gelingen der Übung ist. Die Moderation sollte diesbezüglich sehr sensibel vorgehen.

Ein zweiter wichtiger Aspekt hinsichtlich der Diversitätssensibilität betrifft die Anmoderation durch die Leitung. Denn bei der Anwendung von „CultuRallye“ besteht das grundsätzliche Problem, dass gerade die Eigen- und Fremdkonstruktionen, die im Spiel angebahnt werden, sehr gefährlich und problematisch sein können. Diese können bei unreflektierter Hinführung und Auswertung schnell in Kulturalisierungen, Stigmatisierungen und Zuschreibungen übergehen. Damit werden Gräben erst geschaffen, die eigentlich vermieden werden sollten. Menschen mit Diskriminierungserfahrungen erleben in dieser Form dann die Duplizierung dieser schon im Alltag gemachten (Schmerz-)Erfahrungen. Dadurch können pädagogisch und psychologisch schwierige Konstellationen entstehen.

Fazit für die ökonomische und politische Bildung

Für die ökonomische und politische Bildung eignet sich dieses Tool in Einheiten zum Gegenstand Diversität als Einstieg. Das Spiel ist ein Augenöffner, der überraschend Selbstverständlichkeiten hinterfragen und eigene blinde Flecken aufdecken kann. Es bedarf aber insgesamt einer erfahrenen und diversitätssensiblen Moderation.

Andreas Wüste ist Sozialwissenschaftler und Redakteur der Zeitschrift Politisches Lernen.

Kontakt: andreas.wueste@dvpb-nw.de

Christoph Bulmahn

Die Analyse von Fällen als Klausuraufgabe in der Sekundarstufe II – ein Diskussionsbeitrag

Auch wenn das Fallprinzip im sozialwissenschaftlichen Unterricht eine prominente Stellung einnimmt, bilden Fallbeispiele nur selten das Ausgangsmaterial für schriftliche Überprüfungen. Der Beitrag entwickelt ausgehend von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und curricularen Anforderungen an die Arbeit mit Fällen einen Methodenleitfaden zur Analyse von Fallbeispielen in Klausuren der Sekundarstufe II und stellt ihn zur Diskussion.

1. Einleitung

Die Arbeit mit Fällen ist im sozialwissenschaftlichen Unterricht über das Fallprinzip fest etabliert und erscheint prominent in Lehrwerken und Unterrichtsbeispielen (vgl. Sander 2013; Reinhardt 2016). Über dieses Prinzip sollen für Schülerinnen und Schüler u. a. abstrakte gesellschaftliche Phänomene zugänglich gemacht werden. Fälle gelten so als Brücke zwischen der gesellschaftlichen Mikro- und der Makro-Ebene, als Verbindung zwischen der Lebenswelt der Lernenden und dem wissenschaftlichen Wissen des Faches (vgl. Gagel 2000, S. 107).

So fest verankert, wie die Arbeit mit Fällen im sozialwissenschaftlichen Unterricht und seinen Fachdidaktiken wirkt, so zurückhaltend zeigt sich die Unterrichts- und die anschließende Überprüfungspraxis der Sekundarstufe II und des nordrhein-westfälischen Zentralabiturs darin, Fälle als Ausgangsmaterial für Klausuren vorzusehen. Wenngleich Fallbeispiele ausdrücklich im Kernlehrplan als mögliches Ausgangsmaterial für die Analyseaufgabe genannt werden, dominieren im Zentralabitur positionale, zumeist journalistische Texte (vgl. MSW 2013, S. 81; KQG Sozialwissenschaften o.J.).

Unabhängig von der Entscheidung über Ursache und Wirkung dieser Beobachtung bieten auch die eingeführten Schulbücher bei der Analyse von Fällen keine systematische Unterstützung in Form methodischer Hilfestellungen, obwohl offensichtlich die Analyse eines Falles anders zu erfolgen hat als die eines positionalen Textes.

Diese methodische Lücke möchte dieser Beitrag schließen und ein methodisches Vorgehen für die Analyse von Fällen in Klausuren im Fach Sozialwissenschaften vorschlagen. Dazu soll zunächst der Stellenwert der Arbeit mit Fällen in den Sozialwissenschaften, der Fachdidaktik und im nordrhein-westfälischen Kernlehrplan „Sozialwissenschaften“ skizziert werden, um hieraus Anforderungen an die Auswahl von Fällen als Materialbasis für Klausuren in der gymnasialen Oberstufe und für deren Analyse zu entwickeln. Anschließend soll ein Methodenleitfaden für die Fallanalyse als Klausuraufgabe vor- und mit diesem Beitrag zur Diskussion gestellt werden. Das abschließende Fazit resümiert Chancen der Fallanalyse als Klausurformat und gibt einen Ausblick auf mögliche Schritte zu deren Etablierung.

2. Fälle, Fallstudien/-beispiele und Fallanalysen ...

Je nach Referenzpunkt unterscheiden und/oder überschneiden sich die Terminologien. Als *Fall* soll in diesem Beitrag die Gesamtheit eines Vorfalles verstanden werden, der in seiner Einzigartigkeit auf eine soziale Struktur verweist. In einer *Fallstudie* wird der Fall umfangreich dokumentiert, das *Fallbeispiel* zeigt einen Ausschnitt des Falls in einem kleineren Umfang. Die *Fallanalyse* ist ein methodisches Vorgehen der Auseinandersetzung mit dem Fall.

2.1 ... in den Sozialwissenschaften

Niklas Luhmann hat dem Fall-Verständnis der Soziologie nichts weniger als den Titel seiner Abschlussvorlesung gewidmet und der fachinternen Kontroverse um das Verständnis und das Verhältnis der beiden Fragen „Was ist der Fall?“ und „Was steckt dahinter?“, freilich im größeren Kontext des Positivismusstreits und hinsichtlich der Frage nach einer umfassenden Gesellschaftstheorie, eine hohe Sprengkraft für die Einheit des Faches beigemessen (vgl. Luhmann 1993, S. 245). Dennoch sieht er sich am Ende seiner akademischen Karriere dazu in der Lage, die beiden Fragen zu beantworten:

„Die Antwort auf die Frage: was ist der Fall? müßte jetzt lauten: das, was beobachtet wird, unter Einschluß der Beobachtung von Beobachtern. Die Antwort auf die Frage: was steckt dahinter? müßte jetzt lauten: das, was beim Beobachten nicht beobachtet werden kann.“ (ebd., S. 257)

Ungeachtet der sehr grundsätzlichen Kontroverse um das Selbstverständnis der Soziologie und ihrer grundsätzlichen Fähigkeit zur Theoriebildung verweist sein Fazit darauf, dass der Fall stets etwas vordergründig Beobachtbares und etwas strukturell zunächst Unbeobachtbares hat. Damit ergeben sich für die Analyse von Fällen drei Dimensionen, die es zu erschließen gilt: die individuelle bzw. organisationale Ebene im Vordergrund, die gesellschaftliche Ebene im Hintergrund und die Beziehung dieser beiden Ebenen zueinander.

Fachmethodisch gilt die Analyse von Fällen auch in den anderen Bezugsdisziplinen sozialwissenschaftlicher Bildung als gängiger Modus wissenschaftlicher Auseinandersetzung. So finden sich Fallstudien und Fallberichte neben der Soziologie auch in den Wirtschaftswissenschaften